

Aktuelle Kernbotschaften für die Vorträge der Fachtagung „Anforderungen an die Verteilnetze der Zukunft“ am 03.04.2014 in Berlin

A) 1.) Weiterer Netzausbau ist die Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende und muss auch zukünftig sichergestellt werden.

- Verlässliche politische Ziele sind die Basis für eine Netzausbauplanung. Daher müssen die Unsicherheit und ständigen Änderungen bei den Ausbauzielen der einzelnen Bundesländer durch eine Regionalisierung beendet werden.
- Netzbetreiber sind heute verpflichtet, die letzte dezentral erzeugte Kilowattstunde aufzunehmen, ohne die hieraus überproportional entstehenden Kosten zu berücksichtigen. Hier ist eine Begrenzung auf 95% der Jahresenergie gesetzlich zu implementieren. Dadurch kann der Netzausbau stark reduziert werden.
- Die Anreizregulierung muss zu einem Fördersystem für vorausschauende und innovative Investitionen im Rahmen der Energiewende, vor allem für die ländlichen Netze, umgebaut werden. Dazu ist eine Refinanzierung für alle Spannungsebenen ohne Zeitversatz anzusetzen. Gleiches gilt für Betriebskostensteigerungen infolge der Energiewende.
- Da die Netzinvestitionen für einen langen Zeitraum ausgelegt sind, kommt es auf langfristig stabile regulatorische Zinssätze an.

2.) Die weiter steigenden Kosten der Energiewende dürfen nicht durch immer weniger Bürger getragen werden.

- In den Zonen mit hoher volatiler Erzeugung entstehen bei den Übertragungsnetzbetreibern hohe Kosten z.B. Redispatch. Diese Kosten der Übertragungsnetzbetreiber insbesondere Redispatch sollten gleichmäßig auf Deutschland verteilt werden. Auch die Erzeuger erneuerbarer Energien müssen sich an den durch sie verursachten Netzkosten beteiligen. Dazu sind Netznutzungsentgelte auch von EEG-Einspeisern zu zahlen.
- Vermiedene Netznutzungsentgelte sollten für nicht steuerbare EEG-Einspeiser gestrichen werden, da durch sie sogar zusätzlicher Netzausbaubedarf entsteht und nicht vermieden wird.
- Die aktuell bestehenden Fehlanreize zum Eigenverbrauch führen zu einer dramatisch steigenden Entsolidarisierung und sind kurzfristig zu reduzieren. Dazu ist unter anderem eine Leistungskomponente für die Netznutzungsentgelte umzusetzen.

B) Die Rollen und Aufgaben in der Energiewirtschaft ändern sich dramatisch. Dafür sind kurzfristig die Verantwortlichkeiten und Rahmenbedingungen zu definieren. Die Rolle des Verteilnetzbetreibers als Systemkoordinator ist hierfür zu stärken.

- Im Energiesystem mit einer zunehmenden Anzahl von Akteuren bekommt die Koordinationsfunktion des Verteilnetzbetreibers eine viel stärkere Bedeutung. Diese ist daher klarer zu definieren und im EnWG gesetzlich zu regeln.
- Eine Bündelung von Aufgaben bei dem Verteilnetzbetreiber gewährleistet die Umsetzung der volkswirtschaftlich sinnvollsten und diskriminierungsfreien Lösung. (Hoheit der Daten, Steuerung der Daten, Daten von Smart Metern)
- Diese Anzahl der Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Netzsicherheit und -stabilität (Systemdienstleistungen) werden in den nächsten Jahren durch die Vielzahl unterschiedlicher Akteure gerade im Verteilnetz stark zunehmen. Hierfür entstehende Kosten sind auch für die Verteilnetzbetreiber, analog zur bereits praktizierten Regelung bei den Übertragungsnetzbetreibern, anzuerkennen.

C) Die Bedeutung von dezentralen Daten wird weiter stark zunehmen. Dafür sind heute Voraussetzungen für Infrastruktur, Sicherheit und Kosten zu schaffen.

- Analog dem Ausbau der Netze sollten auch die Kommunikationsanbindungen von dezentralen Anlagen nicht mehrfach ausgeprägt werden. Da der Verteilnetzbetreiber aus Netzsicherheitsgründen Daten für die Ansteuerung der dezentralen Anlagen benötigt, sollte er hieraus entstehende Synergien synchronisieren.

- Der Rollout von Smart Metern führt zu erheblichen Mehrkosten bei den ohnehin schon stark belasteten Verteilnetzbetreibern. Aufgrund der hohen Kosten sollte der Rollout aber mit Augenmaß erfolgen.
- Dazu ist die Refinanzierung der Investitionen und der steigenden Betriebskosten bei Smart Metern ohne Zeitverzug sicherzustellen. Zusätzlich ist ein Ausgleich für vorzeitig auszutauschende aber noch nicht abgeschriebene konventionelle Zähler vorzusehen.
- Die Anforderungen an die Sicherheit der Datennetze im Hinblick auf die Stabilität des Gesamtsystems werden zukünftig stark steigen. Hierfür sind Grundsatzüberlegungen zur IT-Sicherheit durchzuführen und Rahmenbedingungen zu definieren. Die damit verbundenen Kosten sind auch im Rahmen der Anreizregulierung anzuerkennen.
- In einem immer volatileren Netz mit zunehmenden Akteuren steigen auch die Risiken für Störungen und Blackouts. Daher sollten Behörden und Ministerien gemeinsam mit den Übertragungsnetzbetreibern und den Verteilnetzbetreibern solche Szenarien durchspielen und gemeinsame Maßnahmen ableiten.